

Vortrag

von

Dipl.-Ing. Herbert Bodner

**Präsident des Hauptverbandes
der Deutschen Bauindustrie**

Veranstaltung

„Bauwirtschaft und erneuerbare Energien“

6. November 2009, Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

beim Klimaschutz ist etwas in Bewegung gekommen – in Deutschland und weltweit. Immer bedrohlichere Szenarien haben in der Öffentlichkeit ein Umdenken in Gang gesetzt. Dass Klimaschutz alle angeht – Politik, Wirtschaft und jeden Einzelnen von uns – wird inzwischen niemand mehr bezweifeln.

Gleichzeitig wächst der Bedarf an Energie weltweit weiter. Es gilt deshalb neue Wege zu finden, wie die Versorgung aller Menschen so klimafreundlich wie möglich erreicht werden kann.

Wenn man bislang Bau und Klimaschutz in Zusammenhang brachte, dachte man vor allem an energiesparende Gebäude und zuletzt vermehrt auch an den Gebäudebestand. Zu Recht, denn 50 Millionen Tonnen schädlicher Treibhausgase könnten jedes Jahr durch die energetische Modernisierung des Gebäudebestands eingespart werden. Damit hätten wir einen großen Schritt getan, um die Klimaziele in Deutschland zu erreichen. Auch die neue Regierung hält daran fest, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren.

Auf guten Neubau und Gebäudesanierung kann sich aber der Beitrag der Bauwirtschaft nicht beschränken. Unser Blick muss sich auch noch mehr auf die erneuerbaren Energien richten, die sowohl

Strom- als auch Wärmebedarf decken können. Gleichzeitig muss die Effizienz im Bereich der konventionellen Energieerzeugung gesteigert werden. Anders werden die Klimaziele nicht zu erreichen sein, zu denen sich unser Land international verpflichtet hat.

Dass dies sehr ambitionierte Ziele sind, höher als die anderer Länder, ist bekannt. Über den Weg zu ihrer Erreichung gibt es die unterschiedlichsten, zum Teil auch realitätsfremde Vorstellungen. Dass diese Ziele am Ende aber nur mit Hilfe einer hochleistungsfähigen Industrie, darunter auch die Bauindustrie, zu erreichen sind, ist dagegen Vielen zu wenig bewusst.

Wir möchten Ihnen heute am Beispiel von Geothermie und Offshore-Windkraft aufzeigen, dass die Bauindustrie mit Innovationskraft und technischer Kompetenz zum Klimaschutz beiträgt. Aufgrund der Bedeutung unseres Industriezweigs für den Klimaschutz kann man auch zu Recht von der Bauindustrie als Klimaschutzindustrie sprechen. Ohne unseren Beitrag ist jedenfalls das Ziel der Bundesregierung, den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2020 von jetzt 9,5 auf 18 Prozent zu steigern, nicht zu erreichen.

Mancher Weg, der anfänglich in Sachen Erneuerbare Energien beschritten wurde, stößt bereits an seine Grenzen. Insbesondere bei der Windenergie sind die Ausbaumöglichkeiten in einem dicht besiedelten

Land wie Deutschland begrenzt. Schon heute laufen rund 20.000 Anlagen, die 7 Prozent zur Stromversorgung beitragen. Ob die Flächen für neue Anlagen noch weiter ausgedehnt werden können, ist fraglich, zumal die Akzeptanz in der Bevölkerung schwindet. Eine gewisse Leistungssteigerung könnte wahrscheinlich nur noch durch Repowering erreicht werden.

Dagegen eröffnet die Offshore-Windenergie noch viele interessante Entwicklungsmöglichkeiten. Anders als in Großbritannien, Dänemark oder Schweden ist dieser Bereich in Deutschland noch wenig entwickelt. Deutschland muss da zusehen, international den Anschluss zu halten. Die deutsche Bauindustrie bietet dazu ihre Baukompetenz an, wie wir sie bereits

in eine Reihe von schwedischen, dänischen und englischen Windkraftprojekten einbringen, so zum Beispiel in die Projekte Lillgrund Offshore Windfarm vor Malmö, Horns Rev 2 vor der Dänischen Küste oder London Array in der Themsemündung.

Mit der Novellierung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes und der Neuregelung der Netzanbindung hat sich auch Deutschland bei der Offshore-Windkraft auf den „Weg in das regenerative Zeitalter“ begeben - wie es im Koalitionsvertrag heißt. Der Startschuss fiel im vergangenen Sommer mit dem Bau des Offshore-Testfelds alpha ventus. Inzwischen sind in der deutschen Nord- und Ostsee 20 Offshore-Windparks mit einer Leistung von insgesamt etwa 8.000 Megawatt genehmigt. Das Ziel sind 25.000

Megawatt bis 2030. Bei einem Gesamtinvestitionsvolumen von über 80 Milliarden Euro entfallen 20 bis 25 Milliarden Euro auf Bauinvestitionen, insbesondere zur technisch anspruchsvollen Gründung der Windräder.

Damit kommt der Ausbau der Offshore-Windkraft geradezu einem Wachstumsprogramm für die strukturschwachen nord- und ostdeutschen Küstenregionen gleich. Impulse für die regionale Wirtschaft und die regionalen Arbeitsmärkte ergeben sich dabei nicht nur direkt aus dem Bau der Windparks, sondern auch indirekt aus dem begleitenden Ausbau der Häfen und der küstennahen Verkehrsinfrastruktur.

Trotz ihrer vielfältigen Erfahrungen stellt der Ausbau der Windkraft vor den deutschen Küsten die deutsche Bauindustrie vor neue Herausforderungen. Im Unterschied zu Schweden oder Dänemark müssen die deutschen Windparks aufgrund der natürlichen Gegebenheiten viel weiter im Meer installiert werden. Dies macht nicht nur die Gründung der Windräder schwieriger und abhängiger von Wind- und Wetterverhältnissen; es sind auch anspruchsvolle Logistik- und Transportprobleme zu lösen.

Die deutsche Bauindustrie ist in der Lage, diese Risiken zu beherrschen, das haben wir bereits bei den ersten Pilotprojekten bewiesen; ich nenne hier nur:

- Die Windparks Amrum Bank, wo 35 Kilometer vor der Insel ein fast 90 Meter hoher Messmast in eine Wassertiefe von 22 Metern gebaut wurde,
- das Schwerkraftfundament der Messplattform im Arkona-Becken Südost oder
- das Monopile-Fundament der Forschungsplattform FINO 3, das ein Prototyp für zukünftige Anlagen ist.

Im Unterschied zur Windkraft steht die Nutzung der Erdwärme weitaus weniger im öffentlichen Fokus.

Dabei hat die Geothermie unbestreitbare Vorteile: Sie ist eine schier unerschöpfliche heimische Energiequelle. Und: Im Gegensatz zu Solarenergie

und Windkraft wird sie als grundlastfähig eingestuft.

Dies hat uns Herr Dr. Just soeben vorgetragen.

Geothermie ist kein Neuland. Gerade im Bereich der oberflächennahen Geothermie ist der technische Stand der Branche sehr weit fortgeschritten:

- Im Wohnungsbau ist der Anteil der neu errichteten Gebäude, die vorwiegend geothermisch beheizt werden, mittlerweile auf knapp 20 Prozent gestiegen.
- Im Gewerbebau gibt es in Deutschland kaum noch Hochhausprojekte, die auf Energiepfähle verzichten. Schaut man beispielsweise auf die Frankfurter Hochhaus-Skyline, so sind schon vor

Jahren Hochhäuser wie das Mainforum, der MainTower oder das Galileo auf energetischen Bohrpfählen gegründet worden.

Damit sind die Potenziale im Wohnungsbau und im Gewerbebau – wie uns das Gutachten der Deutschen Bank Research aufzeigt – noch längst nicht ausgeschöpft: Die Gutachter rechnen in diesem Zusammenhang bis 2030 mit einem kumulierten Bauvolumen von 25 Milliarden Euro.

Für die deutsche Bauindustrie sehen wir darüber hinaus neue Marktfelder vor allem im Bereich der Infrastruktur.

Zum Beispiel im öffentlichen Hochbau: Mit dem SeeCampus Niederlausitz entsteht gerade die erste Schule in Deutschland im Passiv-Haus-Standard.

Wie selbstverständlich werden dabei auch regenerative Energiequellen wie Erdwärme und Sonnenenergie einbezogen.

Oder im Tunnelbau: Auf der Bahnstrecke München – Verona werden derzeit im Eisenbahntunnel Jenbach Energietübbinge erprobt. Um dem Boden Wärme zu entziehen, sind in den Betonsegmenten der Tunnelschale Absorberrohre verlegt, die mit einer Wärmepumpe verbunden werden. Sie soll künftig den Bauhof der Gemeinde Jenbach mit Heizenergie versorgen. Ein Projekt, das zeigt, wie sich künftig

innerstädtische Tunnel zur Energiegewinnung nutzen lassen könnten.

Schließlich im Straßen- oder Schienenwegebau: In Bad Lauterbach-Barbis werden erstmals in Deutschland Bahnsteige und Weichen geothermisch beheizt. Im Erdwärmepark Neuweiler werden die Straßen über Bodensonden schnee- und eisfrei gehalten. Beide Pilotprojekte verdeutlichen schlaglichtartig die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten von Erdwärme im Verkehrswegebau.

Geothermie wird künftig nicht nur bei der Erzeugung von Wärme, sondern auch von Strom eine größere Rolle spielen: In Süddeutschland entstehen derzeit zwei privat finanzierte und privat betriebene

Geothermiekraftwerke. Das erste Projekt in Dürrnhaar soll bis Mitte 2010 den Betrieb aufnehmen, ein zweites Projekt in Kirchstockach soll bis Mitte 2010 fertig gestellt werden.

All diese Beispiele zeigen eindrucksvoll, dass der Markt für Geothermie kleinen und großen Unternehmen der deutschen Bauwirtschaft interessante Entwicklungschancen bietet:

Wenn es um die Installation von Wärmepumpen in Einfamilienhäusern geht, wird das Handwerk zum Zuge kommen.

Geht es dagegen um Erdwärmeparks oder die geothermische Beheizung von Straßen und Schienenwegen, dann werden sich mittelständische Unternehmen dieser Aufgaben annehmen.

Dagegen fällt etwa der Bau und der Betrieb von Geothermiekraftwerken oder die Nutzung von Erdwärme aus Tunneln eher in den Aufgabenbereich der großen Bauindustrieunternehmen.

Meine Damen und Herren,

Sie sehen, der Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland steht vor vielversprechenden Möglichkeiten und kommt voran.

Zu diesem Erfolg haben gesetzliche Rahmenbedingungen wie auch zahlreiche Förder- und Forschungsprogrammen beigetragen, insbesondere das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das EEG-Wärmegegesetz und das Marktanreizprogramm.

Wir freuen uns, dass die neue Bundesregierung an diesen Instrumenten festhält und den erneuerbaren Energien weiterhin eine Vorrangstellung einräumt.

Trotzdem bleibt noch eine Vielzahl von Problemen, die gemeinsam von Politik und Wirtschaft gelöst werden müssen. Die Förderung erneuerbarer Energien darf nicht an bestimmte Technologien wie die Solarenergie gekoppelt sein. Es ist deshalb zu begrüßen, dass im Rahmen des angekündigten

Energiekonzepts der neuen Bundesregierung alle Förderinstrumente auf **Technologieoffenheit** überprüft werden sollen.

Auch **Genehmigungsprozesse** müssen beschleunigt werden. Zwar sollen bis 2030 in Nord- und Ostsee 40 Offshore-Windparks errichtet werden; Investoren wenden sich aber trotzdem eher nach Großbritannien, wo die Genehmigungszeiten erheblich kürzer ausfallen. Auch deutsche Energiekonzerne wie EON sind dort bereits aktiv.

Gleichzeitig brauchen wir eine moderne **Leitungsinfrastruktur**, um Engpässe in den Netzen zu vermeiden. Wenn wir das Potenzial der Offshore-Windenergie voll nutzen wollen, müssen wir das

Stromnetz entsprechend anpassen. Das bedeutet, das Energieleitungsausbaugesetz muss nun zügig umgesetzt werden.

Mehr Forschung ist auch bei der **Energiespeicherung** notwendig. Wir begrüßen es daher, dass nunmehr ein Energieforschungsprogramm aufgesetzt werden soll, das sich – neben der Energieeffizienz – auch mit der Weiterentwicklung der Speichertechnologien beschäftigt.

Auch in die **Hafeninfrastruktur** und die **Verkehrswege** Norddeutschlands muss investiert werden. Hier geht es insbesondere um die Erweiterung der Schleusenkapazität auf einzelnen

Bundeswasserstraßen, um die Anlieferung großer Fertigteile aus dem Binnenland zu erleichtern, aber auch um den Bau von ausreichend dimensionierten Kai-Anlagen für die Verschiffung großer Fertigteile auf die Offshore-Baustellen.

Auf eines ist aber bei aller Zuversicht über die Chancen der erneuerbaren Energien unmissverständlich hinzuweisen: Auf einen intelligenten Energiemix aus fossilen Brennstoffen, Atomkraft und erneuerbaren Energien können wir auf Jahrzehnte nicht verzichten – aus technischen Gründen, um die Grundlast abzudecken, aber auch aus wirtschaftlichen Überlegungen, um die Strompreise bezahlbar zu halten. Ein weiterer Anstieg der Strompreise ist nicht nur für viele private

Haushalte bedrohlich, er ist auch für energieintensive Branchen, deren Standorte wir in Deutschland halten sollten, nicht hinnehmbar.

Wenn jedoch Kohlekraftwerke weltweit noch lange in Betrieb sein werden, gleichzeitig aber der Druck zur CO₂-Reduktion steigt, dann muss die Entwicklung von energieeffizienten und klimaschonenden Verfahren auch im Bereich konventioneller Energieträger forciert werden. Daher ist es erfreulich, dass die neue Bundesregierung das im Juni gestoppte Gesetz zur Carbondioxide Capture and Storage (CCS) Technologie jetzt auf den Weg bringen will, damit die geplanten Pilotprojekte umgesetzt werden können. Wir müssen in der Öffentlichkeit in aller Klarheit herausstellen, dass das Verhindern des

Baus neuer Kohlekraftwerke für die Umwelt nicht förderlich, sondern in hohem Maße belastend ist, weil es bedeutet, dass ältere, emissionsintensivere Anlagen länger laufen werden.

Die Bauindustrie ist gut gerüstet für die Zukunftsaufgaben im Klimaschutz. Unsere technische Leistungs- und Innovationskraft haben wir vielfach unter Beweis gestellt: ob bei der Errichtung klimaneutraler Wohn- und Gewerbegebäude, bei der Verbesserung der Energiebilanz von Industrieanlagen oder bei der Gründung der großen Offshore-Windkraftanlagen.

Meine Damen und Herren,
einen Auszug aus unserer Leistungsbilanz können Sie auch unserer Broschüre „Bauen und Klimaschutz“ entnehmen. Schon jetzt möchte ich Sie auch auf unsere neue Internetseite „Bauen schützt Klima“ hinweisen. Hier werden Sie in Kürze viele Beispiele für Baukompetenz im Klimaschutz finden. Wir wollen damit verdeutlichen: Wer CO₂-Einsparung oder den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben will, der muss insbesondere über bauliche Lösungen nachdenken. Bau- und Baustoffindustrie sind die natürlichen Partner für den Klimaschutz.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.